

Presseinformation

Polizeiliche Kriminalstatistik für das Polizeipräsidium Westhessen

2025



Einleitung	3
Kernaussagen	3
Grundsätzliches zur Polizeilichen Kriminalstatistik.....	3
Allgemeines zum Polizeipräsidium Westhessen	4
Die Flächendirektionen des Polizeipräsidioms Westhessen	4
Häufigkeitszahl.....	4
Kriminalitätsentwicklung	6
Allgemeine Kriminalitätsentwicklung	6
Entwicklung einzelner Deliktsarten	7
Gewalt als gesellschaftliches Phänomen	7
Gewaltkriminalität	7
Gewalt gegen Einsatzkräfte	8
Häusliche Gewalt.....	9
Straßenkriminalität.....	10
Angriffe mit Messer	11
Straftaten gegen das Leben.....	12
Jugendkriminalität.....	13
Wohnungseinbruchsdiebstahl	13
Sexualstraftaten.....	14
Rauschgiftkriminalität	15
Fahrraddiebstahl.....	16
Innenstadtoffensive	18
Waffenverbotszone Wiesbaden und Limburg.....	19
Einsatzgeschehen im Jahr 2025.....	20
Resümee der Protagonisten	20
Prävention als Baustein effektiver Kriminalitätsbekämpfung	20
KOMPASS	20
Schutzleute vor Ort.....	21
Freiwilliger Polizeidienst	21
Straftaten zum Nachteil älterer Menschen	22
Enkelhelden.....	23
Fazit	23

Einleitung

Polizeipräsident Björn Gutzeit, Leiterin der Abteilung Einsatz, Abteilungsdirektorin Stefanie König, und Leiter der Kriminaldirektion, Leitender Kriminaldirektor Jens Wollmann, haben am 19. März 2026 gemeinsam die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2025 vorgestellt.

Hierzu machte Herr Gutzeit bei der Eröffnung deutlich: „Unsere Polizeiliche Kriminalstatistik belegt: Die Menschen in unserem Dienstgebiet leben in einem sicheren Umfeld. Damit das so bleibt, setzen wir weiterhin neben unserer konsequenten Ermittlungsarbeit auf starke Polizeipräsenz und wirkungsvolle Prävention.“

Kernaussagen

- Verbesserung der Aufklärungsquote auf 58,1 % (2024: 55,4 %)
- Wiesbaden zweitsicherste Großstadt Hessens
- Gewalt gegen Einsatzkräfte – Zahlen weiterhin auf hohem Niveau – historischer Höchststand bei den Opferzahlen
- Wohnungseinbruchdiebstahl bleibt weiter im Fokus
- Rückgang der Straßenkriminalität mit steigender Aufklärungsquote
- Initiative „Sichere Innenstädte“ zeigt deutlich Wirkung

Grundsätzliches zur Polizeilichen Kriminalstatistik

In der PKS werden alle polizeilich bekannten Straftaten und strafbaren Versuche sowie die Anzahl ermittelter Tatverdächtiger und eine Reihe weiterer Angaben, u.a. zu Opfern und Tatverdächtigen, erfasst. Alle Tatverdächtigen, auch wenn es sich um Mehrfachtäter handelt, werden nur einmal erfasst.

Die Anzahl polizeilich nicht bekannt gewordener Straftaten, das sogenannte Dunkelfeld, ist deliktsspezifisch unterschiedlich stark ausgeprägt. Hierdurch wird die Aussagekraft der PKS eingeschränkt.

Im vorliegenden Auszug aus der PKS für das Polizeipräsidium Westhessen (PP Westhessen) werden seit mehreren Jahren Deliktsbereiche, die einen Großteil der Bevölkerung in besonderem Maße tangieren, fortwährend betrachtet. Auf diese Weise wird die Möglichkeit geschaffen, eine eigenständige Bewertung der Kriminalitätsentwicklungen und der Ergebnisse aus polizeilichen Präventions- und Repressionsmaßnahmen vorzunehmen.

Allgemeines zum Polizeipräsidium Westhessen

Das PP Westhessen ist zuständig für die Sicherheit der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie der vier Landkreise Hochtaunus, Limburg-Weilburg, Main-Taunus und Rheingau-Taunus mit insgesamt ca. 1,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern. Das Einsatzgebiet erstreckt sich über eine Fläche von mehr als 2.500 km² und ist damit in etwa so groß wie das Saarland.

Für den Gesamtbereich des PP Westhessen sowie die Zuständigkeitsbereiche der für die Landeshauptstadt und die einzelnen Landkreise zuständigen Polizeidirektionen (PD) stellen wir Ihnen hiermit eine Übersicht mit den wesentlichen Entwicklungen im Vergleich zum Vorjahr zur Verfügung.

Die Flächendirektionen des Polizeipräsidiums Westhessen

Von den 1,1 Millionen Menschen, die in diesem Gebiet zuhause sind, leben 16 % im Landkreis Limburg-Weilburg, 21 % im Hochtaunuskreis, ebenfalls 21 % wohnen im Main-Taunus-Kreis, 17 % im Rheingau-Taunus-Kreis sowie 25 % in der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Insgesamt sorgen mehr als 2.400 Mitarbeitende für die Sicherheit im Zuständigkeitsbereich. Dieser ist hinsichtlich Bevölkerungsstruktur sowie Bevölkerungsdichte von großen regionalen Unterschieden geprägt. Dies verlangt von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein hohes Maß an Flexibilität.

Dichtbesiedelte, städtische Strukturen bedingen ein anderes polizeiliches Handeln und andere Einsatzkonzepte, als es in den ländlicher geprägten Räumen notwendig ist. Für Polizeidirektionen, welche im Einzugsgebiet einer Großstadt wie Frankfurt liegen, gilt es, ihr Augenmerk auf andere Phänomene zu richten, als dies in einem stärker touristisch und ländlich geprägten Raum der Fall ist.

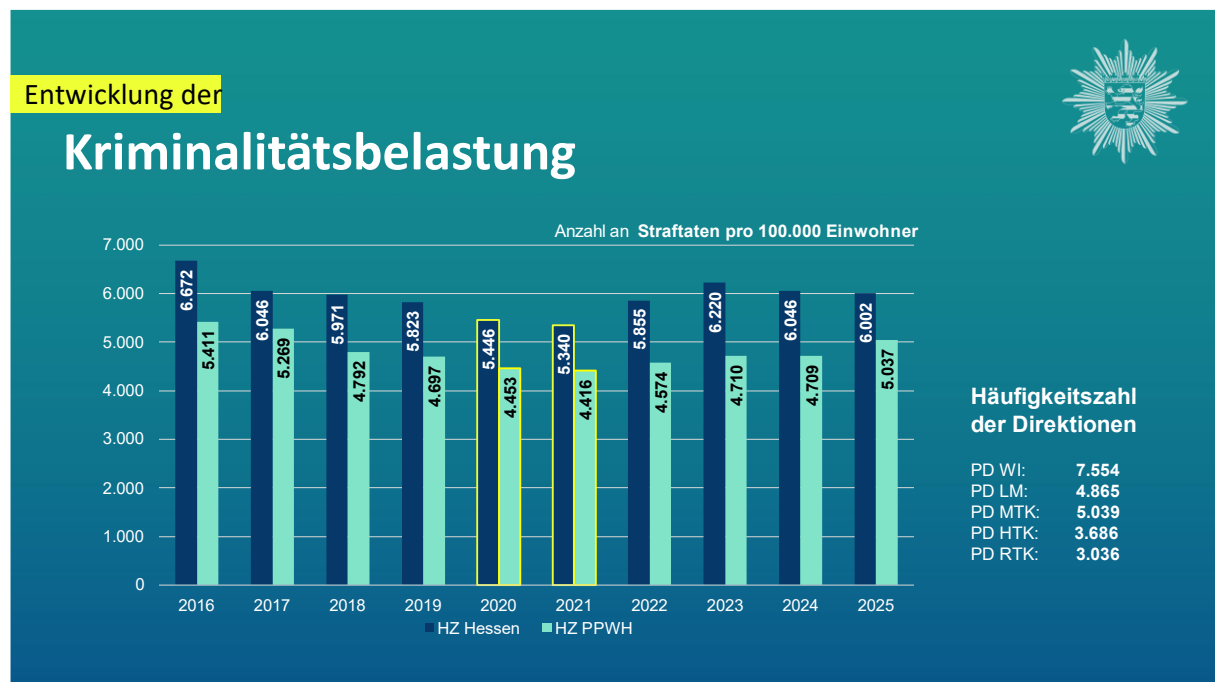
Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Limburg-Weilburg gibt es zwei Polizeistationen und zwei Polizeiposten, im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis jeweils vier Polizeistationen, im Rheingau-Taunus-Kreis vier Polizeistationen sowie einen Polizeiposten und in Wiesbaden fünf Polizeireviere.

Häufigkeitszahl

Bei der Häufigkeitszahl handelt es sich um die Summe der bekannt gewordenen Straftaten (Fallzahlen) in Relation zu 100.000 Einwohnern. Die Häufigkeitszahl hängt somit unmittelbar von der Bevölkerungsentwicklung ab. In die diesjährige PKS sind nun das erste Mal die Zahlen des bundesweiten Zensus von 2022 eingeflossen. Dieser hatte einen Bevölkerungsrückgang im Einzugsgebiet dieses Präsidiums von 7.116 Personen zufolge, was sich auch auf die Berechnung der Häufigkeitszahl auswirkt.

Touristen und Durchreisende, Berufspendler, sich illegal in der Bundesrepublik Aufhaltende, ausländische Stationierungstreitkräfte und andere amtlich nicht gemeldete Personen werden statistisch nicht bei der Erfassung der Einwohnerzahl berücksichtigt. Durch diese Personengruppen begangene Straftaten beeinträchtigen die Aussagekraft der Häufigkeitszahl.

Die Häufigkeitszahl befindet sich mit 5.037 Straftaten pro 100.000 Einwohner über dem Schnitt der vergangenen Jahre, aber nach wie vor deutlich unter dem hessenweiten Wert.



Betrachtet man die Entwicklung der Häufigkeitszahlen in den einzelnen Direktionen des Polizeipräsidiums, ist festzustellen, dass die Polizeidirektionen Hochtaunus und Rheingau-Taunus zu den sichersten Landkreisen in Hessen zählen.

Häufigkeitszahlen im Jahresvergleich	2021	2022	2023	2024	2025
Land Hessen	5.340	5.855	6.220	6.046	6.002
Gesamtbereich PP Westhessen	4.416	4.574	4.710	4.709	5.037
Polizeidirektion Hochtaunus	3.649	3.716	3.404	3.725	3.686
Polizeidirektion Limburg-Weilburg	3.967	4.422	5.012	4.415	4.865
Polizeidirektion Main-Taunus	3.941	3.992	4.256	4.403	5.039
Polizeidirektion Rheingau-Taunus	2.895	2.812	2.835	2.855	3.036
Polizeidirektion Wiesbaden	6.777	7.080	7.275	7.216	7.554

Kriminalitätsentwicklung

Allgemeine Kriminalitätsentwicklung

Die Entwicklung der Kriminalität wird insgesamt durch zahlreiche Faktoren beeinflusst, die nur teilweise im Einflussbereich der Vollzugspolizei liegen. Neben umfassenden Maßnahmen des PP Westhessen zur Verhütung und Aufklärung von Straftaten beeinflussen unter anderem auch kriminalgeographische Bedingungen, Präventionsmaßnahmen Dritter, gesetzgebende Maßnahmen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen die Kriminalität.

Entgegen dem Landestrend wurden für das Jahr 2025 im Zuständigkeitsbereich des PP Westhessen +6,3 % mehr Straftaten als im Vorjahr erfasst (2025: 56.851). Hessenweit ist ein Rückgang der Straftaten um -2,3 Prozentpunkte zu verzeichnen.

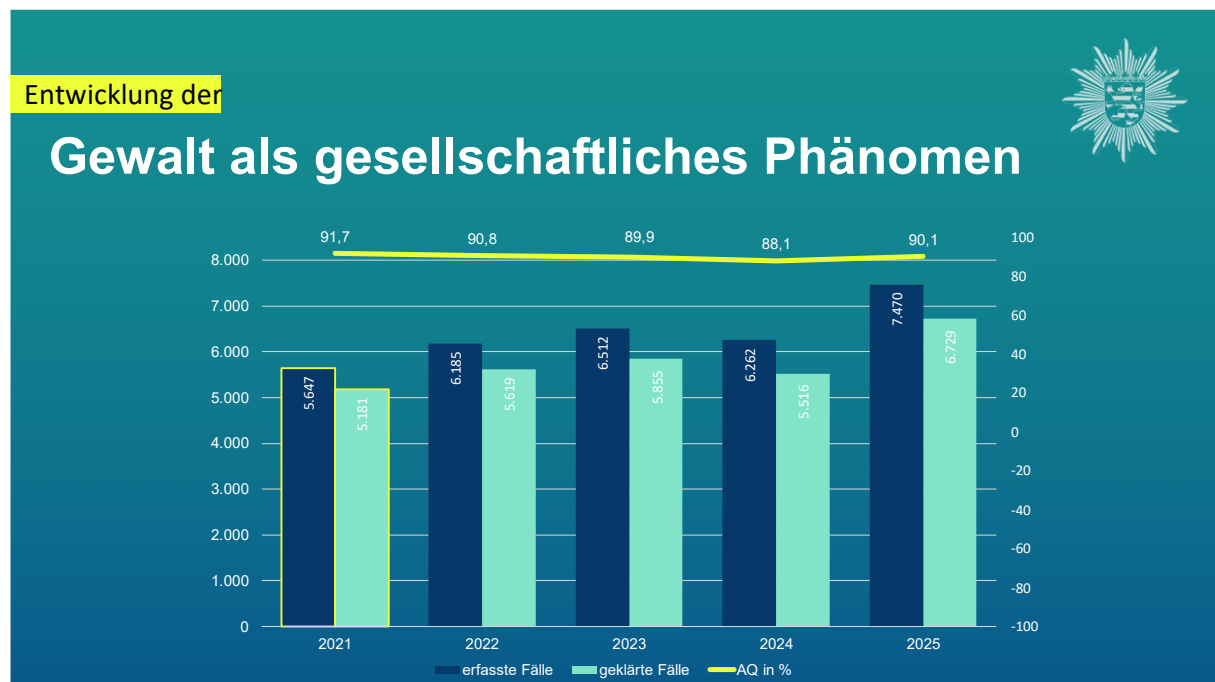
Die Aufklärungsquote (AQ) ist im Vergleich zu 2024 um +2,7 % auf 58,1 % gestiegen und bewegt sich damit leicht unterhalb der des Landes Hessen (AQ: 61,1 %).



Entwicklung einzelner Deliktsarten

Gewalt als gesellschaftliches Phänomen

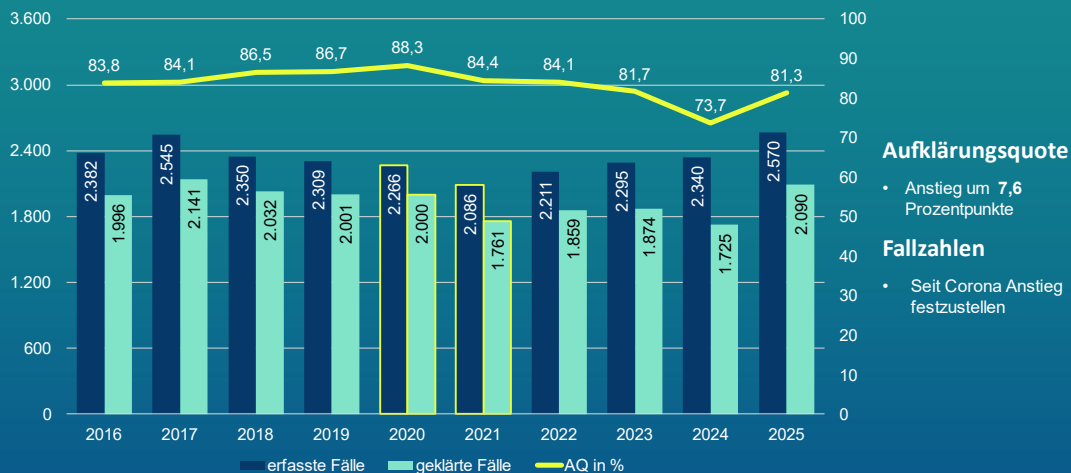
Auch wenn die Häufigkeitszahlen das hohe Maß an Sicherheit innerhalb des Zuständigkeitsbereichs des Polizeipräsidiums Westhessen belegen, wurde im vergangenen Jahr eine Zunahme von Gewalt in verschiedenen Bereichen festgestellt. So stiegen die Körperverletzungsdelikte um 1.208 Fälle auf 7.470 Fälle, was einen Anstieg von 19,3 % bedeutet. Diese Zunahme liegt somit über dem Hessenschnitt (Anstieg um 5,3 %). Die AQ in diesem Bereich bewegt sich mit 90,1 % stetig auf einem sehr hohen Niveau.



Gewaltkriminalität

Im Deliktsfeld der Gewaltkriminalität, das Straftaten gegen das Leben, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Raubdelikte sowie gefährliche und schwere Körperverletzungsdelikte umfasst, ist ein Fallzahlenanstieg auf 2.570 Fälle zu verzeichnen. Diese geht mit einer erheblichen Steigerung in der Aufklärungsquote von +7,6 % auf 81,3 % einher.

Gewaltkriminalität



Gewalt gegen Einsatzkräfte

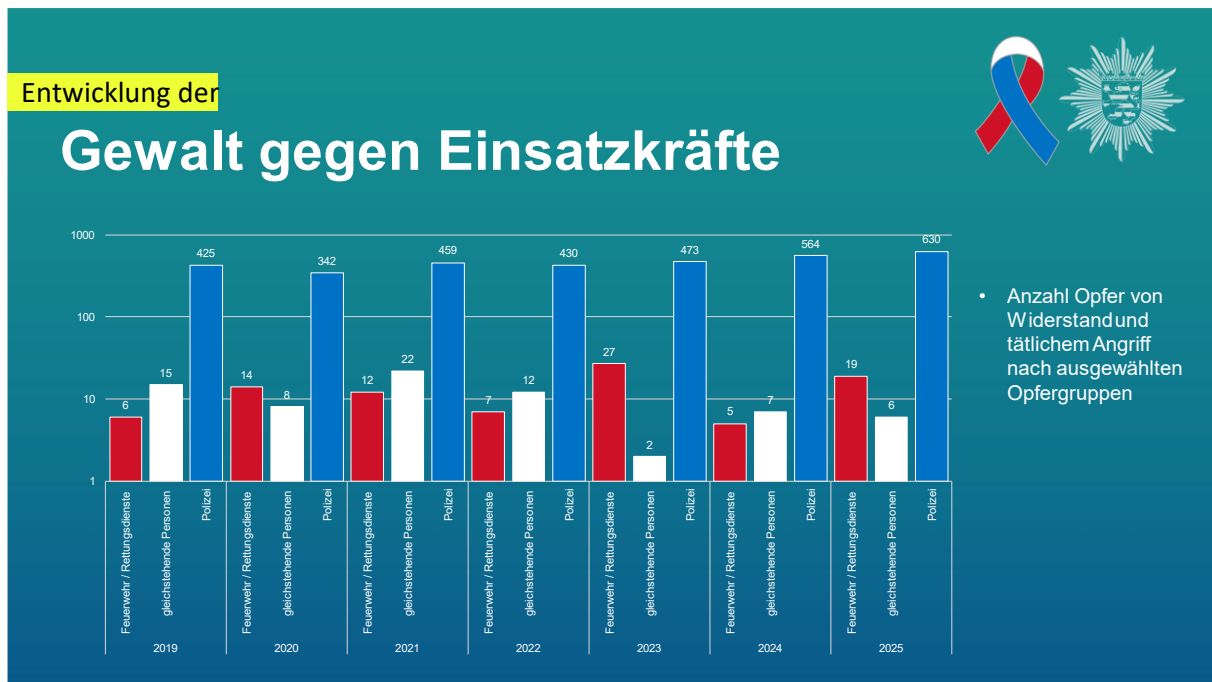
Unter Gewalt gegen Einsatzkräfte sind im strafrechtlichen Sinne der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte gem. § 113 StGB und der Tätliche Angriff auf Vollstreckungsbeamte gem. § 114 StGB zu verstehen.

Im Jahr 2017 wurden diese beiden Strafvorschriften im Rahmen einer Gesetzesänderung neu gefasst. Seit 2018 kann zwischen den beiden Straftaten in der PKS unterschieden werden. Insgesamt wurden im Jahr 2025 im PP Westhessen 179 Widerstände und 173 tätliche Angriffe registriert (in Summe 352 Straftaten).

Bei einer Auswertung der beiden Deliktsfelder ist eine Differenzierung nach den Berufsgruppen der Opfer möglich. Zu den betreffenden Berufsgruppen zählen insbesondere Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, Gerichtsvollzieher, Vollstreckungsbeamte im Justizvollzug oder Mitarbeitende des Zolls. Im Vergleich zu 2024 gab es bei der Opferzahl einen starken Anstieg um +79 auf 655 (Polizei: 630; Rettungsdienst/Feuerwehr: 19; gleichgestellte Personen: 6).

Somit hat die Gewalt gegen Einsatzkräfte einen Höchststand erreicht. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, aber auch Kolleginnen und Kollegen der Rettungsdienste und Feuerwehr, sehen sich immer häufiger Beleidigungen, Bedrohungen und körperlichen Angriffen ausgesetzt. Umso wichtiger ist es, konsequent gegen Täter vorzugehen und zugleich die gesellschaftliche Unterstützung für unsere Einsatzkräfte deutlich zu machen. Aus diesem Grund wurden im Polizeipräsidium Westhessen u.a. an verschiedenen Schulen die landesweite Veranstaltungsreihe „Cops im Dialog“ initiiert. Hierbei suchen Polizeibeamtinnen und -beamte den aktiven Austausch mit Schülerinnen und Schülern. So soll der Austausch

von jungen Menschen mit der Polizei gefördert und diese für die Thematik „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ sensibilisiert werden. In dem nachfolgenden Diagramm ist die Aufgliederung der Opfer der am meisten betroffenen Berufsgruppen von Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst und gleichstehenden Personen gemäß § 115 StGB im Zeitraum 2019 bis 2025 aufgezeigt.



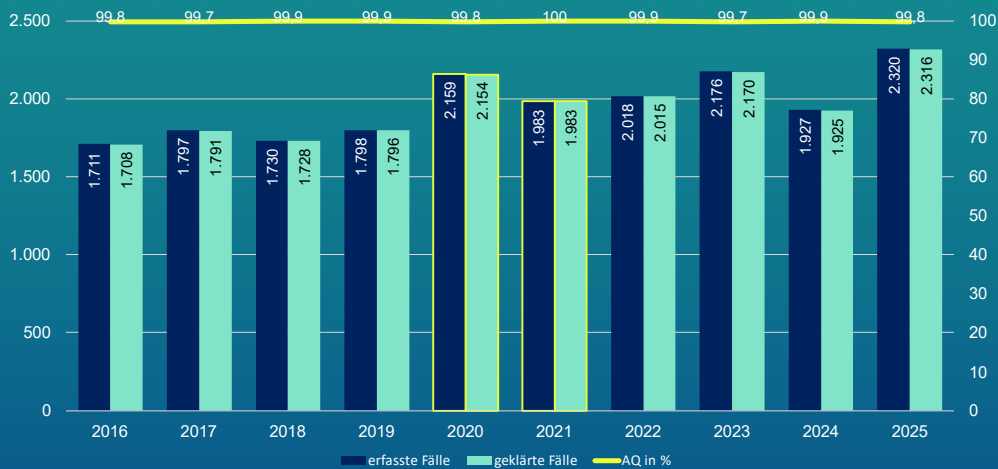
Häusliche Gewalt

Im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Westhessen wurden 2025 393 Fälle von häuslicher Gewalt mehr angezeigt als im Jahr zuvor. Dies ergibt ein Gesamtfallzahlenaufkommen von 2.320 Fällen. Dennoch belegen aktuelle Studien, dass Gewalterfahrungen in Deutschland im Zusammenhang mit (Ex-)Partnerschaften nur selten angezeigt werden.¹ „Mit einem offenen und transparenten Blick auf diese Zahlen wollen wir dieses Phänomen in der Gesellschaft klar präsent machen und Opfern das Signal geben: Sie sind nicht alleine! Jede angezeigte Tat bedeutet, ein Mensch hat den Mut gefunden, Hilfe zu suchen – Wir schaffen somit Licht in das schon immer stark präsente Dunkelfeld. Betroffene brechen das Schweigen – wir sind als Polizei erreichbar und setzen unsere Maßnahmen in diesem Kontext konsequent durch.“, betonte Frau König. Das Polizeipräsidium Westhessen engagiert sich neben der Strafverfolgung in diesem Deliktsfeld und der damit einhergehenden Opferbetreuung in diversen präventiven Veranstaltungen wie beispielsweise dem Orange Day in allen Teilen des Präsidiums.

1

Entwicklung der

Häuslichen Gewalt

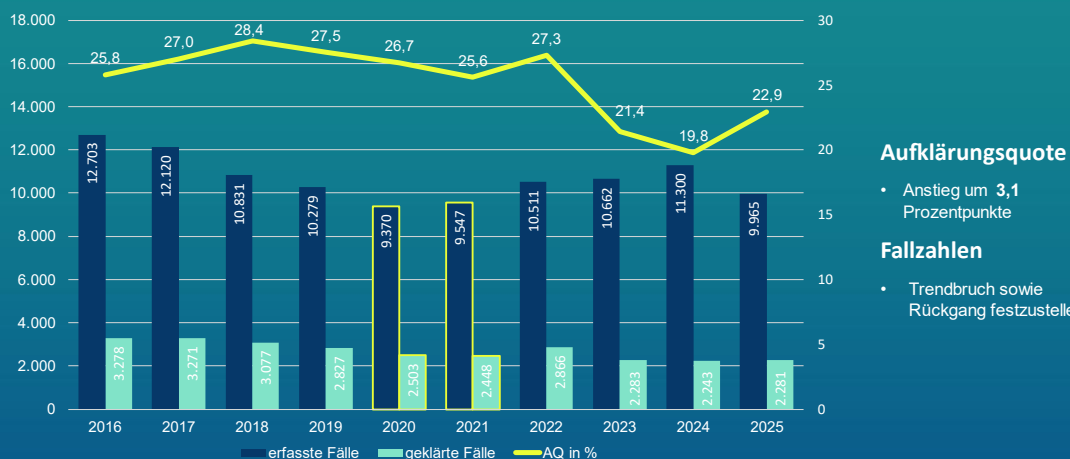


Straßenkriminalität

„Straßenkriminalität“ erfasst alle Sexualdelikte, Rohheitsdelikte, Diebstähle und Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum. Dieses Kriminalitätsphänomen verzeichnete 2025 einen signifikanten Fallzahlenrückgang auf 9.965 Fälle (Rückgang um -11,8 %) mit einer gleichzeitigen Steigerung der Aufklärungsquote auf 22,9 %. Dieser Fallzahlenrückgang ist somit weitaus stärker als im gesamthessischen Raum (Rückgang um -3,6 %).

Entwicklung der

Straßenkriminalität



Aufklärungsquote

- Anstieg um 3,1 Prozentpunkte

Fallzahlen

- Trendbruch sowie Rückgang festzustellen

Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung beim Straßenraub. Hier ist ein Rückgang von -35,9 % zu verzeichnen bei einer gleichzeitigen Steigerung der AQ um +9,5 %.



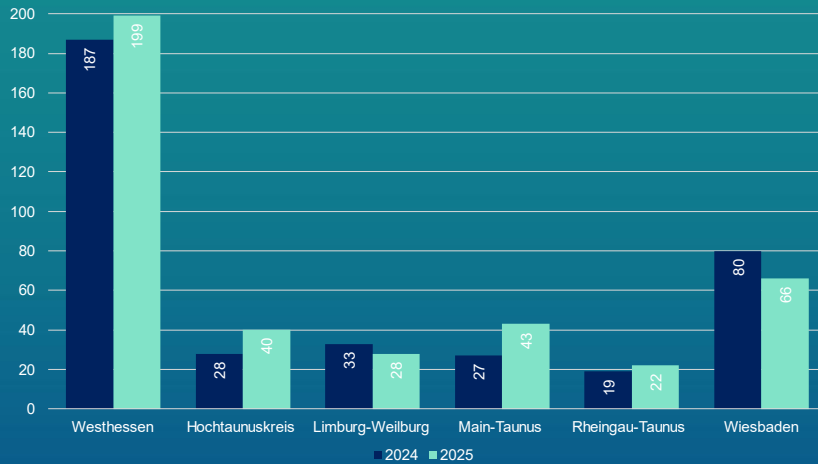
Angriffe mit Messer

Unter diesem Phänomen sind alle Straftaten erfasst, bei denen ein Messer als Drohmittel gegen eine Person eingesetzt wird bzw. ein Angriff mit Messer auf eine Person durchgeführt wird oder dieser unmittelbar bevorsteht. Das bloße Mitführen eines Messers bei Begehung der Straftat reicht hierbei nicht aus.

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Angriffe westhessenweit zugenommen haben. Eine Ausnahme bilden die Städte Wiesbaden und Limburg. Hier zeigt die Initiierung der Waffenverbotszonen sowie der „Innenstadtoffensive“ Wirkung. Herr Gutzeit hierzu: „Diese Rückgänge sind das Ergebnis passgenauer Maßnahmen. Unsere Einsatzkräfte tragen mit ihren vielen Einsatzstunden und enormen Engagement einen wesentlichen Anteil an dem Kriminalitätsrückgang in unseren Innenstädten.“

Entwicklung der

Angriffe mit Messer



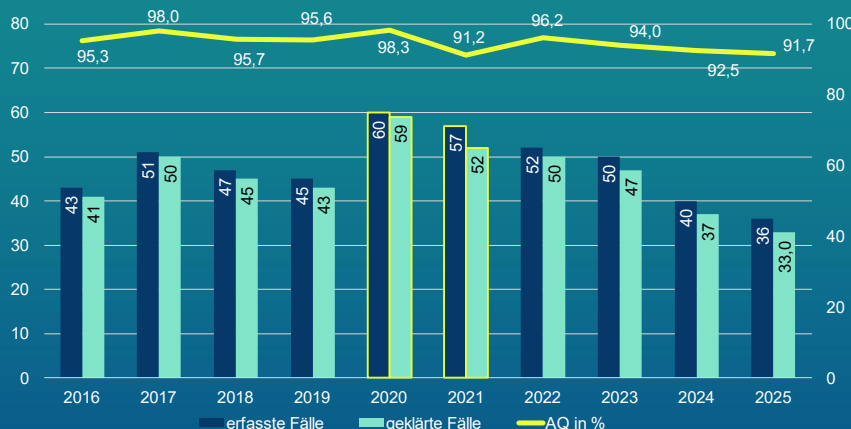
Straftaten gegen das Leben

Die Straftaten gegen das Leben umfassen die Delikte des Mords, Totschlags sowie die fahrlässige Tötung.

Hier setzt sich der Trend sinkender Fallzahlen seit 2020 fort, womit der niedrigste Stand der letzten 10 Jahre erreicht wurde. Somit wurden vier Straftaten weniger und somit 36 Fälle erfasst, von denen 91,7 % aufgeklärt wurden. Es bleibt festzustellen, dass bei Straftaten gegen das Leben überwiegend eine Vorbeziehung zwischen Täter und Opfer besteht.

Entwicklung der

Straftaten gegen das Leben



Aufklärungsquote

- weiterhin auf sehr hohem Niveau
- AQ-Rückgang: -0,8 Prozentpunkte

Fallzahlen

- seit 2020 Rückgang festzustellen

Jugendkriminalität

Auch im Bereich der Jugendkriminalität zeichnet sich der Abwärtstrend des Fallzahlenaufkommens weiter ab. Somit haben wir mit 5.848 die niedrigste Fallzahl der letzten Jahre.



Wohnungseinbruchsdiebstahl

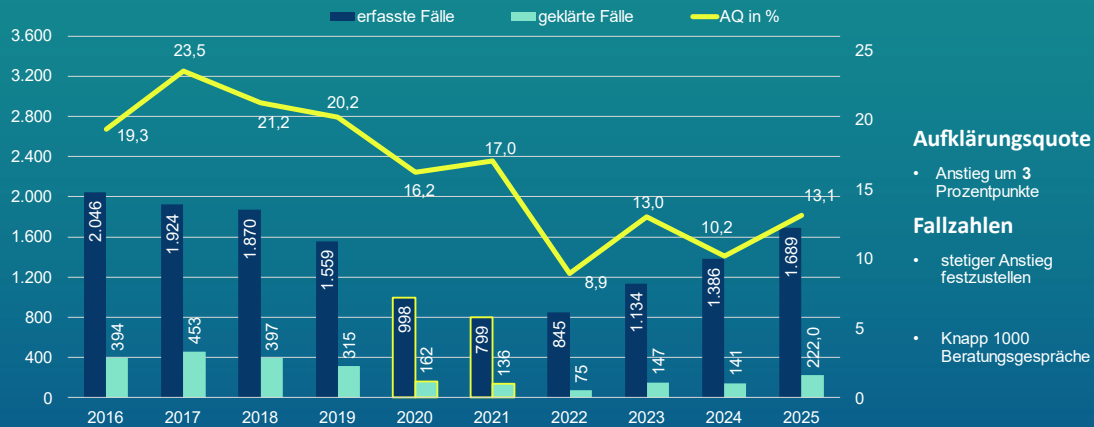
Die Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls bleibt weiterhin klar im Fokus kriminalpolizeilicher Arbeit.

Diese Notwendigkeit belegen auch die nach den Pandemie Jahren wieder steigenden Fallzahlen. 2025 verzeichnete das Polizeipräsidium Westhessen einen Anstieg von +303 Fällen auf eine Gesamtzahl von 1.689. Dieser Anstieg von 21,9 % liegt somit leicht über dem Hessenvergleich von 15,5 %. Von diesen 1.689 festgestellten Einbrüchen blieben mit 727 Fällen knapp die Hälfte im Versuchsstadium. Erhöhte Sensibilisierung der Bevölkerung sowie bessere Sicherungen führten zu einer hohen Quote der Versuchsrate, aber auch zu weniger verwertbaren Spuren.

Herr Wollmann betonte in diesem Zusammenhang: „Steigenden Fallzahlen kann nur mit effektivem Einbruchsschutz begegnet werden. Das Polizeipräsidium Westhessen bietet hierzu individuelle Einbruchspräventionsberatungen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Hause an, um diese effektiv gegen Einbrüche zu schützen.“



Wohnungseinbruchdiebstahls



Sexualstraftaten

Der Deliktsbereich der Sexualstraftaten umfasst Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuellen Übergriff, sexuellen Missbrauch von Schutzbefohlenen, sexuelle Belästigung, sexuellen Missbrauch von Kindern, exhibitionistische Handlungen/Erregung öffentlichen Ärgernisses, sexuellen Missbrauch von Jugendlichen sowie die Verbreitung/Herstellung/Erwerb/Besitz von Kinder- und Jugendpornografie.

Im Polizeipräsidium Westhessen ist 2025 ein Anstieg um +586 auf 1.950 Fälle festzustellen. Dieser Fallanstieg umfasst verschiedene Fallgruppen. Gleichzeitig ergab sich ein Anstieg in der Aufklärungsquote um +5,8 % auf 86,1 %. Bei den Straftaten der sexuellen Nötigung sowie Vergewaltigung bestand bei rund 85 % ein sogenanntes „Kennverhältnis“ zwischen Täter und Opfer. Anders verhält es sich bei der sexuellen Belästigung. Hier ist der prozentuale Anteil an Fällen, bei denen keine Vorbeziehung zum Tatverdächtigen bestand, mit 68 % überrepräsentiert.

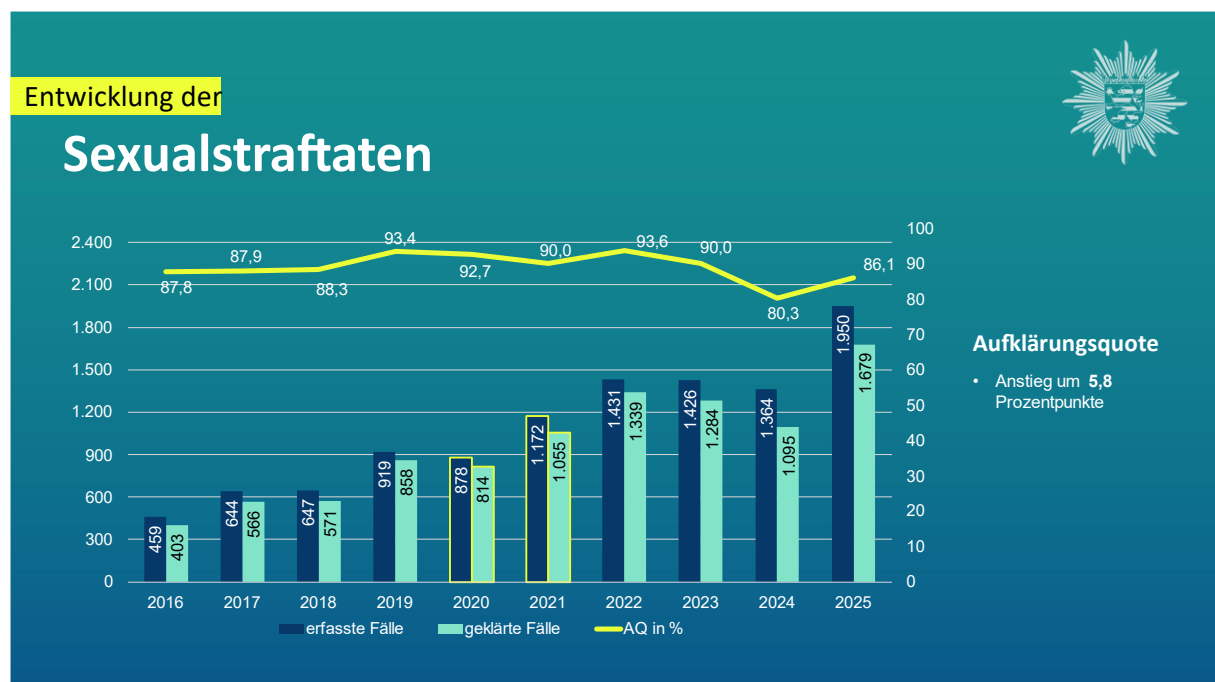
Bei den Tatverdächtigen handelt es sich zum größten Teil um Erwachsene. Eine Ausnahme bildet das Deliktsfeld „Verbreitung von Kinder- und Jugendpornografie“. Hier ist der Anteil an Kindern (bis 14 Jahre) mit einem Anteil von 26,9 % und Jugendlichen (zwischen 14 und 18 Jahren) mit einem Anteil von 20,4 % zusammengefasst am größten.

Der Bereich der Verbreitung von Kinder- und Jugendpornografie sowie des sexuellen Missbrauchs von Kindern verzeichnet demnach auch den größten Fallzahlenanstieg. Die hohe Anzahl von Delikten im Bereich der Verbreitung von Kinder- und Jugendpornografie ist insbesondere auf die sogenannte „digitale Naivität“ von Kindern und Jugendlichen zurückzuführen. Bei vielen Fällen handelt es sich um die Versendung von pornografischen Inhalten über soziale Netzwerke, Messengerdienste, etc. Im Bereich Jugendpornografie liegen zudem viele Fälle des Verbreitens von

heimlich oder im Einvernehmen angefertigten Bildaufnahmen nach beendeten Beziehungen vor.

Die zentralisierte Bearbeitung der Delikte des sexuellen Missbrauchs von Kindern in der Kriminaldirektion führte zu einer Steigerung der Effizienz bei der Bearbeitung von Ermittlungsvorgängen. Zudem wurden im Jahr 2025 einige Großverfahren des Zentralkommissariats zum Abschluss gebracht.

Weiterhin sind in diesem Bereich der Sexualdelikte im Allgemeinen überwiegend Fälle eingeflossen, deren Tatzeiten in den Vorjahren lagen. Bei einem Großteil der Fälle lag die Tatzeit mindestens ein bis zwei Jahre zurück. Dies ist auf die langwierigen Ermittlungen, auch bei der Auswertung von Datenträgern, zurückzuführen.



Rauschgiftkriminalität

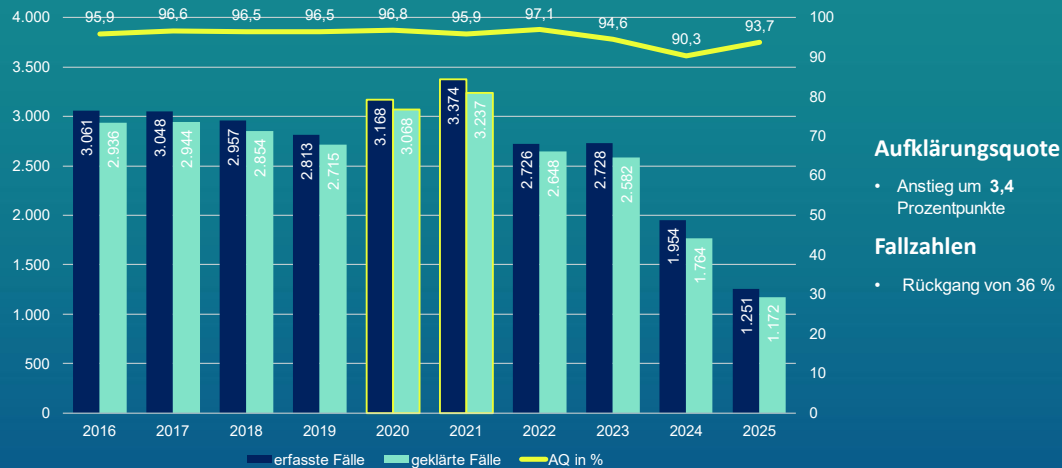
Die Fallzahlen im Bereich der Rauschgiftkriminalität sind mit -703 Fällen weiterhin rückläufig.

Im Zuge des seit 1. April 2024 bundesweit eingeführten Gesetzes zum Umgang mit Konsumcannabis (KCanG) sind insbesondere Verstöße mit Cannabis in geringer Menge weggefallen. Durch das Inkrafttreten des Cannabisgesetzes wurde unter anderem der Besitz von bis zu 25 Gramm getrocknetem Cannabis (im öffentlichen Raum) bzw. bis zu 50 Gramm (im privaten Raum), sowie der Anbau von 3 Cannabispflanzen zum Eigenbedarf erlaubt.

Im Rauschgiftbereich handelt es sich größtenteils um Kontrolldelikte, bei denen die Tatverdächtigen oftmals feststehen. Mit 93,7 % bewegt sich die AQ weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.



Rauschgiftkriminalität



Fahrraddiebstahl

Der Fahrraddiebstahl unter erschwerten Umständen liegt vor, wenn das entwendete Fahrrad vor der Wegnahme geschützt war, beispielsweise mit einem Fahrradschloss.

Im Jahr 2025 gingen die Fallzahlen im Vergleich zum Vorjahr um -495 zurück. Dies entspricht einem prozentualen Rückgang um 28,8 %. Damit konnte der seit dem Jahr 2021 anhaltende Fallzahlenanstieg unterbrochen und eine Trendumkehr erzielt werden. Gleichzeitig steigerte sich die AQ um +5,2 % auf 12,4 %. Die starken Veränderungen der Schadenssumme innerhalb der vergangenen Jahre ergibt sich dadurch, dass verstärkt hochpreisige E-Bikes entwendet werden.

Der Fahrraddiebstahl wird häufig dadurch begünstigt, dass die meist hochwertigen Fahrräder oftmals nur durch unzureichende Sicherungsmaßnahmen, mit kostengünstigen und einfach zu öffnenden Schlössern, gesichert werden.

Die VdS Schadenverhütung GmbH bietet auf ihrer Internetseite unter dem Stichwort „Fahrradschlösser“ eine Übersicht der VdS-getesteten und zertifizierten Schlösser der Klassen N, A und A+ an.

Um einen Fahrraddiebstahl zu erschweren, wird dringend geraten, nachfolgende Empfehlungen zu berücksichtigen:

- Nutzung eines VdS-zertifizierten Schlosses, um das Fahrrad (Rahmen, Vorder- und Hinterrad) mit einem festen Gegenstand (Fahrradständer) zu verbinden
- beleuchteter Abstellort
- im Kellerraum: Zugang abschließen, Fahrrad - wenn möglich - im Keller anschließen.

- wertvolle Gegenstände – beim E-Bike den Akku – mitnehmen
 - ohne Akku ist das E-Bike uninteressant für potentielle Täter
 - falls dies zu umständlich sein sollte – extra Schloss für den Akku
- eine sichtbare Rahmennummer oder eine FEIN-Codierung im sichtbaren Bereich ermöglichen die Zuordnung nach Diebstahl
- GPS-Ortungsgerät (Tracker) am Fahrrad
 - informiert den Besitzer über Bewegung und den genauen Standort, sofern dieses einen bestimmten Bereich verlässt

Für den Fall des Diebstahls:

- im besten Fall ist eine individuelle Kennzeichnung/Codierung des Fahrrads und ein Foto vorhanden
- sind wichtige Daten des Fahrrads zuhause bereitzuhalten und im Fahrradpass zu notieren
 - Marke, Rahmennummer, Typ, Farbe, Schaltung, Gänge, Zoll etc.

Durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des PP Westhessen werden regelmäßig Fahrräder FEIN-codiert.

FEIN steht für „Friedberger-Eigentümer-Identifizierungsnummer“. Dies bedeutet, dass auf dem Fahrradrahmen ein Code eingeprägt wird, mit welchem die Polizei den Eigentümer ermitteln kann.

Vorteile einer Codierung des Fahrrads:

- Codierung erschwert den Weiterverkauf ohne Eigentumsnachweis
- Verkaufswert ohne Eigentumsnachweis auf dem Schwarzmarkt sinkt enorm
- großer abschreckender Effekt für Diebstahl
- erleichtert die Arbeit der Polizei nach einem Diebstahl; das Rad kann einfach dem Eigentümer zugeordnet werden



Innenstadtoffensive

Die Gewährleistung der Sicherheit im öffentlichen Raum, insbesondere in regelmäßig überdurchschnittlich kriminalitätsbelasteten urbanen, innerstädtischen Bereichen, ist Kernaufgabe der Polizei in Westhessen. Die 2024 von der Landesregierung initiierte Innenstadtoffensive ergänzt und intensiviert dabei bereits getroffene Maßnahmen, um zielgerichtet der Gewalt- und Straßekriminalität entgegenzuwirken. Erfolgreich und nachhaltig gelingt das nur durch eine enge Kooperation mit den jeweiligen Kommunen, einer Verzahnung von repressiven wie präventiven Maßnahmen, ergänzt durch flankierende Maßnahmen wie einen erhöhten Kontrolldruck, die Einrichtung von Waffenverbotszonen und die Nutzung von Videoschutzanlagen.

In Limburg erfolgt seit 2022 aufgrund einer festgestellten Beeinträchtigung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage im öffentlichen Raum die Fortentwicklung einer bestehenden Konzeption in das Konzept „Sicheres Limburg“. Damit hat die Behörde auf die Verdrängung von Kriminalitätsschwerpunkten aus dem Bahnhofsbereich in Teile der Limburger Innenstadt reagiert. Neben der Kriminalitätsbekämpfung wird der Fokus auch auf Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr (u.a. Raser und Poser) gelegt.

Eine objektive Betrachtung der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung ist dabei von elementarer Bedeutung, um auf einer validen Tatsachengrundlage polizeiliche Maßnahmen treffen zu können und so das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Das durch das PP Westhessen bereits im Jahr 2018 entwickelte Konzept „Sicheres Wiesbaden“ hat die Behörde auch in 2025 weiterentwickelt und konsequent umgesetzt.

Der vereinbarte 10-Punkte-Maßnahmenplan der Landeshauptstadt (LH) Wiesbaden und des Polizeipräsidiums Westhessen umfasst ein Spektrum aller relevanten Sicherheitsthemen. Darin eingebettet ist das polizeiliche Konzept „Sicheres Wiesbaden“ zur Verstärkung der polizeilichen Präsenz und Präventivstreifen in der Innenstadt. Die Intensität der Maßnahmen richtet sich nach örtlichen und deliktischen Schwerpunkten.

Seitens des PP Westhessen wurden weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung der bestehenden Konzepte an die LH Wiesbaden herangetragen. So sollten neben den bereits bestehenden Videoschutzanlagen (VSA) weitere Bereiche in der Innenstadt mit VSA ausgestattet und eine Anpassung der Waffenverbotszonen vorgesehen werden. Zur Bekämpfung des Fahrraddiebstahls wurde die Errichtung von sicheren Fahrradabstellplätzen in der Innenstadt angeregt.

Westhessen

Kontrollen:	1.824
Personenkontrollen	10.909
Einsatzkräfte	6.319
Einsatzstunden	20.642
Strafanzeigen	351
Haftbefehle	110

Limburg

Maßnahme	2024 (ab Februar)	2025
Einsatzstunden	3.017	7.617
Einsatzkräfte	1.292	2.445
Kontrollen	447	728
Strafanzeigen	80	130
Festnahmen	46	12
Haftbefehle	13	12

Wiesbaden

Maßnahme	2024 (ab Februar)	2025
Einsatzstunden	11.178	13.025
Einsatzkräfte	2.563	3.874
Kontrollen	567	1096
Strafanzeigen	203	221
Festnahmen	58	127
Haftbefehle	60	98

Waffenverbotszone Wiesbaden und Limburg

Seit 01.01.2019 sind die Gefahrenabwehrverordnung und die Rechtsverordnung bezüglich der Wiesbadener Waffenverbotszone in Kraft getreten. Die Waffenverbotszone ist ein Teil des Gesamtkonzeptes „Sicheres Wiesbaden“.

In Limburg wurde die Waffenverbotszone zum 01.08.2024 eingerichtet und geht ebenfalls in dem Gesamtkonzept „Sicheres Limburg“ auf.

Die Waffenverbotszonen werden sowohl durch die Stadtpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden und der Stadt Limburg als auch durch Kräfte des PP Westhessen in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Präsidium Einsatz überwacht.

Im Jahr 2025 wurden in der Wiesbadener Innenstadt 217 Delikte festgestellt, bei denen eine Waffe mitgeführt oder verwendet wurde. Das entspricht einem Rückgang um 14 Fälle (Fallzahlenrückgang um 6 %). In der Limburger Innenstadt waren 51 Fälle zu verzeichnen, bei denen eine Waffe mitgeführt oder verwendet wurde.



Resümee der Protagonisten

Bezugnehmend auf die vorgestellten Fallzahlen aus dem Jahr 2024 war das Fazit der Protagonisten deutlich. Frau König stellte klar: „Ob im häuslichen Umfeld oder auf der Straße: Wo Gewalt auftritt, sind wir da – klar im Handeln und in unserer Haltung. Wir zeigen Präsenz, um die Sicherheit zu gewährleisten und das Vertrauen der Bevölkerung in den Rechtsstaat zu stärken.“ Hierzu ergänzte Herr Wollmann: „Durch Bündelung unserer Fachkompetenzen in der Ermittlungsarbeit stärken wir die Aufklärung nachhaltig, sind aber auch auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Hier ist eine effektive Kriminalprävention ausschlaggebend.“

Prävention als Baustein effektiver Kriminalitätsbekämpfung

KOMPASS

Neben der unabdingbaren Strafverfolgung setzen sich eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Polizeipräsidium Westhessen für eine effektive Kriminalprävention ein. Wichtigster Bestandteil ist dabei die Ansprechbarkeit für Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Hierzu dient vor allem KOMPASS (KOMMunalProgrAmmSicherheitsSiegel) als Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden. Dessen Ziel ist die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln und passgenaue Lösungen für Probleme vor Ort zu entwickeln. Bestehendes wird dabei auf den Prüfstand gestellt. Darauf basierend wird eine detaillierte Maßnahmenliste

erstellt, wie die Sicherheit vor Ort weiter verbessert werden kann. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention. Von grundlegender Bedeutung ist, dass alle Partner, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit wahrnehmen, sowie die Bürgerinnen und Bürger an einen Tisch geholt werden.

34 der derzeitigen KOMPASS-Kommunen befinden sich im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Westhessen. Dazu kommt noch Dornburg als KOMPASS-Partner sowie der aus Eltville, Walluf und Kiedrich bestehende „Obere Rheingau“ als KOMPASS-Region. 11 dieser Kommunen haben bereits die Prozessstruktur durchlaufen und sind mit einem KOMPASS-Siegel ausgezeichnet worden.

Schutzleute vor Ort

Wichtiger Baustein bleiben bei KOMPASS die Schutzleute vor Ort (SvO), deren Anzahl sich 2025 von 17 auf 18 erhöht hat. Ein weiterer Ausbau ist vorgesehen. Diese dienen als Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen und der Polizei. Weiterhin sind fast alle SvO feste Mitglieder in den kommunalen und/oder kreisweiten Präventionsräten, um die Präventionsarbeit der Kommunen in ihrem Zuständigkeitsbereich beratend zu begleiten. Außerdem führen sie regelmäßig Fußstreifen durch, um für Anfragen und Problemstellungen der Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein und informieren diese an Präventionsständen zu aktuellen Kriminalitäts-Phänomenen.

Freiwilliger Polizeidienst

Aber auch Bürgerinnen und Bürger sind gefragt. 2025 wurde im Polizeipräsidium ein Ausbildungslehrgang im Freiwilligen Polizeidienst angeboten. Hier konnten 10 neue Freiwillige gewonnen werden, die ihren Dienst in Limburg, Rüdeshcim und dem Hochtaunuskreis versehen.

Angehörige des Freiwilligen Polizeidienstes sind rechtlich Amtsträger im Sinne des Strafrechts und des Amtshaftungsrechts. Sie haben im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Befugnisse die Rechte und Pflichten von Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten. Die Anwendung unmittelbaren Zwanges durch Hilfsmittel der körperlichen Gewalt oder durch Waffen ist ihnen aber nicht gestattet. Zu den wichtigsten Aufgaben des FPoID gehören:

- das Zeigen von Präsenz im Team
- das Beobachten und Melden von Wahrnehmungen, die die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreffen
- vorbeugende Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern

In Westhessen haben insgesamt 31 Kommunen sogenannte Koordinationsverträge, um den freiwilligen Polizeidienst zu ermöglichen.

Straftaten zum Nachteil älterer Menschen

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sind ältere Menschen als potentielle Opfer „seniorenspezifischer Kriminalität“ immer stärker in den Fokus öffentlichen Interesses geraten.

Obgleich der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung stetig steigt, werden sie vergleichsweise nicht öfter Opfer von Straftaten. Ältere Menschen treffen mehr Vorsichtsmaßnahmen als jüngere, verhalten sich im Hinblick auf mögliche Gefahren achtsamer und vermindern auf diese Weise das Risiko, Straftaten zum Opfer zu fallen.

Dennoch werden ältere Menschen öfter Opfer von Eigentums- und Vermögensdelikten. Begünstigt wird dies durch die mit zunehmendem Alter, häufig abnehmenden körperlichen und geistigen Fähigkeiten, was durch die Tätergruppen gezielt ausgenutzt wird. Durch das Aufbewahren hoher Bargeldsummen zuhause oder die Tatsache, dass ältere Menschen häufig alleine leben, werden die Täterinnen und Täter zusätzlich in ihrer Opferauswahl bestärkt.

Sowohl aufgrund der vorgenannten Umstände, aber auch wegen des erhöhten Sicherheitsbedürfnisses älterer Menschen, kommt der polizeilichen Präventionsarbeit für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren eine immer stärkere Bedeutung zu. Dies zeigt beispielhaft ein aktueller Fall aus dem Hochtaunuskreis: Im Januar 2026 übergab eine Rentnerin dort eine Münzsammlung im Wert von über 200.000 Euro an falsche Polizeibeamte, die sie zuvor angerufen hatten.

Durch eine frühzeitige Aufklärung über Opferrisiken und entsprechender Vorbeugungsmaßnahmen, der Entwicklung eines Gefahrenbewusstseins und der Vermittlung konkreter Handlungsempfehlungen sollen Straftaten zum Nachteil älterer Menschen (SäM) reduziert und das subjektive Sicherheitsempfinden verbessert werden.

Um der Erreichung dieser Ziele Rechnung zu tragen, wurde die polizeiliche Präventionsarbeit für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren hessenweit unter eine einheitliche Koordinierung gestellt.

Neben einer zentralen Bearbeitung des Themenfeldes im Hessischen Landeskriminalamt, der Zentralstelle für Kriminalprävention, wird das Thema „Sicherheit für Seniorinnen und Senioren“ in allen sieben Polizeipräsidien durch entsprechend geschulte polizeiliche Beraterinnen und Berater betreut.

Zusätzlich wurde im März 2016 landesweit die Sicherheitsberatung für Seniorinnen und Senioren eingeführt, welche einen bedeutsamen Präventionsbaustein darstellt.

Die ehrenamtlichen Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberater fungieren dabei als „Multiplikatoren“ der Polizei und informieren die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren auf unterschiedlichste Weise, zum Beispiel im Rahmen von Präventionsveranstaltungen oder Bürgersprechstunden über Themen der Kriminal- und/oder Verkehrsprävention.

Enkelhelden

Hierbei handelt es sich um eine Social-Media-Kampagne, bei der in Verbindung mit einer Challenge für Schulklassen zur Stärkung der Wahrnehmbarkeit der Thematik in der Öffentlichkeit und der Einbindung von Kindern und Jugendlichen Konzepte zur Sensibilisierung von Seniorinnen und Senioren vor Eigentums- und Betrugsdelikten entwickelt wurden.

Bei der landesweiten Präventionskampagne „Challenge Enkelhelden“ gewann die Martin-Niemöller-Schule aus Wiesbaden den 1. Preis und damit einen „Tag der Polizei“. Dieser wurde am 27.08.2025 an der Schule durchgeführt. Der 10. Preis der Challenge ging an ein Team der Wiesbadener Oranienschule, deren Schülerinnen und Schülern am 15.01.2025 durch das 1. Polizeirevier geführt wurden und dort die Aufgaben der Polizei kennenlernen konnten.

Fazit

Zum Abschluss der Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik hielt Herr Gutzeit fest: „Die Zahlen zeigen: Die Polizei in Westhessen handelt entschlossen und wirkungsvoll gegen Kriminalität. Mein besonderer Dank gilt allen Kolleginnen und Kollegen des Polizeipräsidiums Westhessen – ihr täglicher Einsatz ist die Grundlage dafür, dass die Menschen sich in unserer Region sicher fühlen können. Dieses Engagement ist zugleich Auftrag und Ansporn: Wir werden auch künftig alles daransetzen, Kriminalität konsequent zu bekämpfen und das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger weiter zu stärken.“